



Justizministerialblatt für das Land Brandenburg

Herausgegeben vom Ministerium der Justiz
Nr. 6 – 20. Jahrgang – Potsdam, 15. Juni 2010

Inhalt	Seite
Allgemeine Verfügungen und Rundverfügungen	
Einheitliche Vordrucke für die ordentliche Gerichtsbarkeit des Landes Brandenburg in Betreuungssachen und Familiensachen betreffend die Vormundschaft/ Pflegschaft/Unterbringung (Vordruckreihe BS/VS/US) Allgemeine Verfügung des Präsidenten des Brandenburgischen Oberlandesgerichts vom 5. Mai 2010 (1414-SH 10-I)	34
Bereitschaftsdienst bei den Amtsgerichten Allgemeine Verfügung des Ministers der Justiz zur Aufhebung der Allgemeinen Verfügung vom 19. März 2006 vom 27. Mai 2010 (2043-E I.2/96)	34
Personalnachrichten	34
Ausschreibungen	35

Allgemeine Verfügungen und Rundverfügungen

Einheitliche Vordrucke für die ordentliche Gerichtsbarkeit des Landes Brandenburg in Betreuungssachen und Familiensachen betreffend die Vormundschaft/Pflegschaft/Unterbringung (Vordruckreihe BS/VS/US)

Allgemeine Verfügung des Präsidenten des Brandenburgischen Oberlandesgerichts
Vom 5. Mai 2010
(1414-SH 10-I)

Die Allgemeine Verfügung vom 20. Juli 2009 (JMBl. S. 73) wird wie folgt geändert:

Es werden folgende weitere Vordrucke zur Verwendung durch die ordentlichen Gerichte des Landes Brandenburg in Betreuungssachen und Familiensachen betreffend die Vormundschaft/Pflegschaft/Unterbringung eingeführt:

- | | |
|-------|---|
| BS 79 | Erweiterung des Aufgabenkreises des Betreuers – Beschluss und Verfügung |
| BS 85 | Ladung des Betroffenen/Betreuers zum Anhörungs-/ Ortstermin |
| BS 86 | Terminsverlegung in Betreuungssachen |

Die Vordruckbezeichnung des Vordrucks VS 53 wird wie folgt geändert:

- | | |
|-------|--|
| VS 53 | Bescheinigung über den Eintritt der Vormundschaft/Pflegschaft (§ 1791b, c bzw. § 1751 BGB) |
|-------|--|

Brandenburg an der Havel, den 5. Mai 2010

Der Präsident des
Brandenburgischen Oberlandesgerichts

Prof. Dr. Farke

Bereitschaftsdienst bei den Amtsgerichten

Allgemeine Verfügung des Ministers der Justiz zur Aufhebung der Allgemeinen Verfügung vom 19. März 2006
Vom 27. Mai 2010
(2043-E I.2/96)

1. Die Allgemeine Verfügung der Ministerin der Justiz vom 19. März 2006 (JMBl. S. 38) wird aufgehoben.
2. Diese Allgemeine Verfügung tritt am 1. August 2010 in Kraft.

Potsdam, den 27. Mai 2010

Der Minister der Justiz

Dr. Volkmar Schöneburg

Personalnachrichten

Ordentliche Gerichtsbarkeit

Gerichte

Ernannt:

z. **Richterin am AG:** Marlen Schwarz in Prenzlau.

Justizvollzugsanstalten

Ruhestand:

JVHS – BesGr. A 8 – Eberhard Herrmann und Manfred Engelhardt in Cottbus-Dissenchen.

Ausschreibungen

Ministerium der Justiz

I.

Es wird Bewerbungen für die folgende Stelle entgegengesehen:

- bei dem Brandenburgischen Oberlandesgericht

die Stelle der **Präsidentin** oder des **Präsidenten** des Oberlandesgerichts
(Besoldungsgruppe R 8).

Die Stelle ist zum 1. Januar 2011 mit einer Persönlichkeit zu besetzen, die in besonderer Weise geeignet ist, ein Obergericht mit ca. 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und einem zugeordneten Bereich von vier Landgerichten und 25 Amtsgerichten zu leiten, die Gerichtsbarkeit nach außen zu repräsentieren und den Vorsitz eines Senates zu übernehmen. Als Leiterin oder Leiter einer Justizoberbehörde soll die Bewerberin oder der Bewerber den vielseitigen Führungs- und Organisationsaufgaben des Amtes gerecht werden.

Gesucht wird eine hochqualifizierte Persönlichkeit, die sich durch hervorragende Rechtskenntnisse auszeichnet und über vielseitige richterliche sowie über fundierte Erfahrungen in der Justizverwaltung verfügt, die sowohl durch Wahrnehmung einer Leitungsfunktion in einem Gericht oder einer Staatsanwaltschaft als auch durch mehrjährige Tätigkeit in einem Ministerium dokumentiert werden. Eignungsnachweise, die außerhalb des öffentlichen Dienstes erworben worden sind, werden bei Vergleichbarkeit berücksichtigt.

Voraussetzungen für die Übernahme dieses Amtes sind hohes Verantwortungsgefühl, besonderes Organisationstalent, Innovationsbereitschaft, eine vorbildliche Berufsauffassung, große Belastbarkeit sowie eine besondere Fähigkeit zur kooperativen Zusammenarbeit mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Erwartet werden neben herausragenden Führungseigenschaften auch fundierte Erfahrungen im Prozess der Justizmodernisierung und eine kreative Bereitschaft zu deren Weiterentwicklung. Die Bewerberin oder der Bewerber müssen die Befähigung zu sachleitender Kommunikation ebenso besitzen wie eine hohe soziale Kompetenz.

Hinsichtlich der zusätzlich zu erfüllenden Anforderungen für das von der Präsidentin oder dem Präsidenten auch wahrzunehmende Amt einer Vorsitzenden Richterin oder eines Vorsitzenden Richters am Oberlandesgericht wird auf die Allgemeine Verfügung der Ministerin der Justiz vom 26. November 2007 (AnforderungsAV), veröffentlicht im JMBl. vom 17. Dezember 2007, S. 180 ff., dort unter III. A. 2.2, Bezug genommen.

Die Landesregierung ist bestrebt, in Führungspositionen den Anteil von Frauen zu erhöhen; diese sind besonders aufgefordert, sich zu bewerben.

Schwerbehinderte Bewerberinnen oder Bewerber werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen sind bis zum **15. Juli 2010** auf dem Dienstweg an das Ministerium der Justiz des Landes Brandenburg, Heinrich-Mann-Allee 107, 14473 Potsdam, zu richten.

Alle Bewerberinnen und Bewerber sollen ihrer Bewerbung die Erklärung beifügen, dass sie mit einer Einsichtnahme in ihre Personalakten – auch durch die Mitglieder des Richterwahlausschusses und des Präsidialrates – einverstanden sind.

II.

Es wird Bewerbungen für die folgende Stelle entgegengesehen:

- bei dem Verwaltungsgericht Potsdam

die Stelle der **Vizepräsidentin** oder des **Vizepräsidenten** des Verwaltungsgerichts
(Besoldungsgruppe R 2 mit Amtszulage).

Die Stelle ist zum 1. Januar 2011 zu besetzen.

Wegen der an die Bewerberinnen und Bewerber zu stellenden Anforderungen wird auf die Allgemeine Verfügung der Ministerin der Justiz vom 26. November 2007 (AnforderungsAV), veröffentlicht im JMBl. vom 17. Dezember 2007, S. 180 ff., Bezug genommen.

Da in diesem Bereich Frauen unterrepräsentiert sind, sind sie besonders aufgefordert, sich zu bewerben.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei gleicher Eignung, Befähigung und Leistung bevorzugt berücksichtigt.

Die Ausschreibung richtet sich ausschließlich an Richterinnen und Richter aus der Verwaltungsgerichtsbarkeit, die in einem Richter Verhältnis zum Land Brandenburg stehen.

Bewerbungen sind bis zum **15. Juli 2010** auf dem Dienstweg an das Ministerium der Justiz des Landes Brandenburg, Heinrich-Mann-Allee 107, 14473 Potsdam, zu richten.

Die Bewerberinnen und Bewerber sollen ihrer Bewerbung die Erklärung beifügen, dass sie mit einer Einsichtnahme in ihre Personalakten durch die Mitglieder des Richterwahlausschusses und des Präsidialrates einverstanden sind.

III.

Es wird Bewerbungen für die folgenden Stellen entgegengesehen:

- bei dem Verwaltungsgericht Potsdam

zwei Stellen für **Vorsitzende Richterinnen** oder **Vorsitzende Richter** am Verwaltungsgericht
(Besoldungsgruppe R 2).

Die Stellen sind zum 1. Oktober 2010 zu besetzen.

Wegen der an die Bewerberinnen und Bewerber zu stellenden Anforderungen wird auf die Allgemeine Verfügung der Ministerin der Justiz vom 26. November 2007 (AnforderungsAV), veröffentlicht im JMBL vom 17. Dezember 2007, S. 180 ff., Bezug genommen.

Da in diesem Bereich Frauen unterrepräsentiert sind, sind sie besonders aufgefordert, sich zu bewerben.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei gleicher Eignung, Befähigung und Leistung bevorzugt berücksichtigt.

Die Ausschreibung beider Stellen richtet sich ausschließlich an Richterinnen und Richter aus der Verwaltungsgerichtsbarkeit, die bereits in einem Richterverhältnis zum Land Brandenburg stehen. Die Ausschreibung einer der Stellen richtet sich darüber hinaus nur an Richterinnen und Richter, die noch kein Amt der Besoldungsgruppe R 2 innehaben.

Bewerbungen sind bis zum **15. Juli 2010** auf dem Dienstweg an das Ministerium der Justiz des Landes Brandenburg, Heinrich-Mann-Allee 107, 14473 Potsdam, zu richten.

Die Bewerberinnen und Bewerber sollen ihrer Bewerbung die Erklärung beifügen, dass sie mit einer Einsichtnahme in ihre Personalakten durch die Mitglieder des Richterwahlausschusses und des Präsidialrates einverstanden sind.

IV.

Es wird Bewerbungen für die folgende Stelle entgegengesehen:

- bei dem Verwaltungsgericht Cottbus
eine Stelle für eine **Vorsitzende Richterin** oder einen **Vorsitzenden Richter** am Verwaltungsgericht (Besoldungsgruppe R 2).

Die Stelle ist – vorbehaltlich der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen – zum 1. Januar 2011 zu besetzen.

Wegen der an die Bewerberinnen und Bewerber zu stellenden Anforderungen wird auf die Allgemeine Verfügung der Ministerin der Justiz vom 26. November 2007 (AnforderungsAV), veröffentlicht im JMBL vom 17. Dezember 2007, S. 180 ff., Bezug genommen.

Da in diesem Bereich Frauen unterrepräsentiert sind, sind sie besonders aufgefordert, sich zu bewerben.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei gleicher Eignung, Befähigung und Leistung bevorzugt berücksichtigt.

Die Ausschreibung richtet sich ausschließlich an Richterinnen und Richter aus der Verwaltungsgerichtsbarkeit, die in einem Richterverhältnis zum Land Brandenburg stehen.

Bewerbungen sind bis zum **15. Juli 2010** auf dem Dienstweg an

das Ministerium der Justiz des Landes Brandenburg, Heinrich-Mann-Allee 107, 14473 Potsdam, zu richten.

Die Bewerberinnen und Bewerber sollen ihrer Bewerbung die Erklärung beifügen, dass sie mit einer Einsichtnahme in ihre Personalakten durch die Mitglieder des Richterwahlausschusses und des Präsidialrates einverstanden sind.

V.

Es wird Bewerbungen für die folgenden Stellen entgegengesehen:

- bei dem Verwaltungsgericht Frankfurt (Oder)
zwei Stellen für **Vorsitzende Richterinnen** oder **Vorsitzende Richter** am Verwaltungsgericht (Besoldungsgruppe R 2).

Die Stellen sollen zum 1. Oktober 2010 besetzt werden. Die Besetzung einer Stelle erfolgt vorbehaltlich der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.

Wegen der an die Bewerberinnen und Bewerber zu stellenden Anforderungen wird auf die Allgemeine Verfügung der Ministerin der Justiz vom 26. November 2007 (AnforderungsAV), veröffentlicht im JMBL vom 17. Dezember 2007, S. 180 ff., Bezug genommen.

Da in diesem Bereich Frauen unterrepräsentiert sind, sind sie besonders aufgefordert, sich zu bewerben.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei gleicher Eignung, Befähigung und Leistung bevorzugt berücksichtigt.

Die Ausschreibung richtet sich ausschließlich an Richterinnen und Richter aus der Verwaltungsgerichtsbarkeit, die in einem Richterverhältnis zum Land Brandenburg stehen.

Bewerbungen sind bis zum **15. Juli 2010** auf dem Dienstweg an das Ministerium der Justiz des Landes Brandenburg, Heinrich-Mann-Allee 107, 14473 Potsdam, zu richten.

Die Bewerberinnen und Bewerber sollen ihrer Bewerbung die Erklärung beifügen, dass sie mit einer Einsichtnahme in ihre Personalakten durch die Mitglieder des Richterwahlausschusses und des Präsidialrates einverstanden sind.

Der Präsident des Brandenburgischen Oberlandesgerichts

Rücknahme von Stellenausschreibungen

Die nachfolgend benannte, im Justizministerialblatt für das Land Brandenburg vom 16. November 2009 veröffentlichte Stellenausschreibung wird zurückgenommen:

- eine oder mehrere Stelle(n) für Justizobersekretärinnen/Justizobersekretäre (Besoldungsgruppe A 7 BBesO) in dem Landgerichtsbezirk Cottbus.

Der Generalstaatsanwalt des Landes Brandenburg

Es wird Bewerbungen für folgende Stellen entgegengesehen:

- eine Stelle für eine **Oberamtsanwältin/einen Oberamtsanwalt** mit Amtszulage (Besoldungsgruppe A 13 + Z gD) bei der Staatsanwaltschaft Potsdam,
- eine Stelle für eine **Oberamtsanwältin/einen Oberamtsanwalt** (Besoldungsgruppe A 13 gD) bei der Staatsanwaltschaft Potsdam,
- eine Stelle für eine **Justizoberamtsrätin/einen Justizoberamtsrat** (Besoldungsgruppe A 13 gD) als Sachgebietsleiter für den Bereich der Haushalts-, Beschaffungs- und Rationalisierungsangelegenheiten und für Bau- und Grundstücksangelegenheiten bei der Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg,
- eine Stelle für eine **Justizamtfrau/einen Justizamtmann** (Besoldungsgruppe A 11) bei der Staatsanwaltschaft Cottbus,
- zwei Stellen für eine **Justizamtfrau/einen Justizamtmann** (Besoldungsgruppe A 11) bei der Staatsanwaltschaft Potsdam,
- eine Stelle für eine **Justizoberinspektorin/einen Justizoberinspektor** (Besoldungsgruppe A 10) bei der Staatsanwaltschaft Cottbus,
- eine Stelle für eine **Justizoberinspektorin/einen Justizoberinspektor** (Besoldungsgruppe A 10) bei der Staatsanwaltschaft Potsdam,
- eine Stelle für eine **Justizamtsinspektorin/einen Justizamtsinspektor** mit Amtszulage (Besoldungsgruppe A 9 + Z mD) bei der Staatsanwaltschaft Potsdam,
- eine Stelle für eine **Justizamtsinspektorin/einen Justizamtsinspektor** (Besoldungsgruppe A 9 mD) bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder),

- eine Stelle für eine **Justizhauptsekretärin/einen Justizhauptsekretär** (Besoldungsgruppe A 8) bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder),
- zwei Stellen für eine **Justizhauptsekretärin/einen Justizhauptsekretär** (Besoldungsgruppe A 8) bei der Staatsanwaltschaft Potsdam,
- eine Stelle für eine **Justizobersekretärin/einen Justizobersekretär** (Besoldungsgruppe A 7) bei der Staatsanwaltschaft Cottbus,
- eine Stelle für eine **Justizobersekretärin/einen Justizobersekretär** (Besoldungsgruppe A 7) bei der Staatsanwaltschaft Potsdam,
- zwei Stellen für eine **Erste Justizhauptwachtmeisterin/einen Ersten Justizhauptwachtmeister** (Besoldungsgruppe A 5) bei der Staatsanwaltschaft Potsdam,
- eine Stelle für eine **Justizhauptwachtmeisterin/einen Justizhauptwachtmeister** (Besoldungsgruppe A 4) bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder),
- eine Stelle für eine **Justizhauptwachtmeisterin/einen Justizhauptwachtmeister** (Besoldungsgruppe A 4) bei der Staatsanwaltschaft Potsdam.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt. Die Landesregierung ist bestrebt, den Anteil an Frauen in herausgehobenen Funktionen in der Landesverwaltung und im Justizdienst zu erhöhen. Frauen werden bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung vorrangig berücksichtigt.

Die Ausschreibung richtet sich ausschließlich an Bedienstete, die bereits im Justizdienst des Landes Brandenburg beschäftigt sind.

Bewerbungen sind bis zum **15. Juli 2010** auf dem Dienstweg an den Generalstaatsanwalt des Landes Brandenburg, 14767 Brandenburg an der Havel zu richten.

Justizministerialblatt
für das Land Brandenburg

Das Justizministerialblatt erscheint in der Regel am 15. eines jeden Monats. Herausgeber: Ministerium der Justiz des Landes Brandenburg.
Der Preis für ein Bezugsjahr beträgt 58,80 EUR (einschließlich Postzustellgebühren und 7 % Mehrwertsteuer).
Die Einweisung kann jederzeit erfolgen. Die Kündigung ist nur zum Ende eines Kalenderjahres zulässig; sie muss bis spätestens 30. 9. dem Verlag zugegangen sein.
Einzelverkaufspreis: 4,86 EUR zuzüglich Versand und Portokosten und 7 % Mehrwertsteuer (nur Nachnahmeversand).
Die Lieferung des Blattes erfolgt durch die Post.
Reklamationen bei Nichtzustellung, Neu- bzw. Abbestellungen, Änderungswünsche und sonstige Anforderungen sind an die
Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH zu richten.
Herstellung, Verlag und Vertrieb: Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH,
Karl-Liebnecht-Straße 24 - 25, Haus 2, 14476 Golm (bei Potsdam), Telefon: 0331 5689-0